



## Der Standard

### Wir haben vergessen, was wir einst selbst predigten

#### Avraham Burg

#### ***Der Palästinenserstaat wird kommen – Israel aber ist gefangen im Trauma der Vergangenheit***

Die Bilder, die kürzlich vom Besuch des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu in Washington zu sehen waren, könnten eine Zeitenwende für den Nahen Osten markieren. Ich nehme an, dass Netanjahu und seine Entourage - von seinen Anhängern in Israel ganz zu schweigen - aufs höchste erfreut waren: Die Ehre, mit der er empfangen wurde, all die Schmeicheleien für ein persönliches und ein kollektives Ego, das nach solchem Lob förmlich giert.

Aber was haben die Palästinenser gesehen? Was haben die jungen Menschen in unseren arabischen Nachbarstaaten gesehen? Vor allem einen Staat Israel, der weiterhin die Welt mit einem Trugbild von Verhandlungswillen narrt, als ob Netanjahus Bedingungen irgendeine Chance für einen lebensfähigen palästinensischen Staat lassen würden.

In seiner Rede hat er das Wort "Frieden" etwa 50 Mal wiederholt, sich aber nicht einmal bemüht, das "Nein" zwischen den Zeilen zu verbergen. Das Nein ging einher mit einem selbstgefälligen Lächeln und einer beunruhigenden Aura der Selbstgewissheit: Nein zu den Grenzen von 1967 als Basis für Verhandlungen; Nein zu Jerusalem als künftiger Hauptstadt beider Staaten, des jüdischen und eines palästinensischen. Netanjahu wird sicherlich weiterhin über den Frieden sprechen und gleichzeitig die Kontrolle der besetzten Gebiete beibehalten. Aber jeder, der sehen kann, stellt fest, dass wirkliche Friedensverhandlungen unter den Bedingungen, die er in Washington nannte, unmöglich sind.

Zweitens sahen die Araber ein naives, abwesendes Amerika, das politischer Sturheit applaudierte und blind war für die beleidigenden Gesten des Gastes. Sie sahen, wie der Kongress jubelte, als Netanjahu Jerusalem für ewig unteilbar erklärte, und besonders applaudierte, als er ausrief, der Friedensprozess sei tot. Sie sahen, wie sich die Vertreter der Vereinigten Staaten verbeugten vor der einzigen Demokratie, welche noch eine andere Nation unterdrückt - dies schon seit fast einem halben Jahrhundert. Kurz: Sie sahen, wie sich die Vereinigten Staaten von Amerika den Emotionen der Vergangenheit hingaben, ohne die Gelegenheiten der Zukunft überhaupt erkennen zu wollen.

Wahrscheinlich jedoch wird diese Zukunft eines beweisen: Die alten Vereinigten Staaten haben den neuen Nahen Osten verloren. Der Kredit, den US-Präsident Barack Obama nach seiner Rede an die arabische Welt in Kairo vor zwei Jahren erhielt, ist heute längst verspielt. Was sollen die Palästinenser über diese Supermacht denken, die angeblich als neutraler



Vermittler in diesem Konflikt handelt? Das ist der Moment, in dem es auf Europa ankommt: Es sollte eine Brücke bilden zwischen einem in sich selbst gefangenen, fernen Washington und den erwachenden Menschenmassen des Nahen Ostens. Vermittler in diesem Konflikt handelt? Das ist der Moment, in dem es auf Europa ankommt: Es sollte eine Brücke bilden zwischen einem in sich selbst gefangenen, fernen Washington und den erwachenden Menschenmassen des Nahen Ostens.

In diesen Tagen jährt sich die israelische Besetzung des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens zum vierundvierzigsten Mal. In dieser Zeit seit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 hat der Staat Israel ohne Verhandlungen Jerusalem annektiert, Dutzende jüdische Siedlungen bauen lassen, die Sperrmauer zu den Palästinensern hochgezogen und den Gaza-Streifen geräumt. Alle Treffen in Europas Hauptstädten und Zeremonien auf dem Rasen des Weißen Hauses haben es nicht von einseitigen Schritten abgehalten, von denen einige für sich schon tödlich für den Friedensprozess waren.

Haben wir Zeit für weitere Jahrzehnte der Verhandlungen? Haben wir nicht gelernt, dass die tiefe Enttäuschung, die all den bedeutungslosen Gesprächsrunden folgte, tragische Folgen für Israel und die Palästinenser zugleich zeitigen wird?

Auch ich habe, an der Seite vieler bekannter Israelis, an die europäischen Staatsoberhäupter appelliert, den Friedensprozess zu unterstützen - als Zeichen, dass ein demokratisches Israel sich bemüht, das Schlimmste zu verhindern. Heute, nach Jahren des Starrsinns und geistiger Fixierung, ist Netanjahu also bereit zuzugeben, dass Israel wohl nicht alle jüdischen Siedlungen behalten kann. Und wie viele Jahre werden noch vergehen, wie viele Leben wird es noch kosten, bis er zustimmt, endlich einen weiteren Schritt in Richtung des Unausweichlichen zu gehen? Ob früher oder später: Ein Palästinenserstaat wird kommen.

Das israelische Bewusstsein ist, verständlicherweise, in einer großen Notlage. Wir schwanken stets zwischen dem Trauma der Vergangenheit und posttraumatischen Belastungsstörungen. Es fällt uns sehr schwer, jemandem zu vertrauen. Wir sind immer misstrauisch, immer aggressiver, als wir sein müssten. Wir sind noch gelähmt, und deshalb wird die Lösung des Problems nicht aus Israel kommen. Das ist kein politisches Scheitern, sondern eine psychologische Konditionierung unserer Politik. Seit langem haben wir die Gedanken vergessen, die wir selbst einst predigten. Nun aber erscheint es, als ob einige Palästinenser etwas sehr Wichtiges realisiert haben, etwas, was auch das zionistische Projekt früher bestimmt hat: Ziviles Handeln und gewaltlose Proteste können weit mehr ausrichten als ein Krieg. Das sind die politischen Werkzeuge, welche die palästinensische Führung jetzt gewählt hat. Es sind die Mittel, auf die viele tausend junge Palästinenser nun setzen.

Die Strategie der Palästinenser aber, den Aufbau staatlicher Institutionen mit dem Appell nach der Anerkennung durch die Vereinten Nationen zu verbinden, ist keineswegs das Ende aller Friedenshoffnungen. Im Gegenteil. Hier ist der Wind des Wandels zu spüren, der durch den Nahen Osten bläst. Jetzt ist aber überall zu hören, die Palästinenser sollten bloß nicht



unilateral handeln, es müsse wieder direkte Verhandlungen mit Israel geben. Das klingt wie der Totenkampf einer politischen Konzeption, deren Zeit vorüber ist. Was ist daran einseitig, wenn ein Volk direkt an die Nationen der Welt appelliert, es anzuerkennen? Gibt es einen würdigeren Weg, politische Unabhängigkeit zu erreichen? Ja, es wird einen Palästinenserstaat geben. Und nur, wenn wir ihn sofort anerkennen, nur dann, wenn wir ihn mit offenen Armen in der Familie der Nationen willkommen heißen, werden wir einmal jenen Tag erleben, an dem zwei Staaten sich das schmale Land zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer in Frieden und guter Nachbarschaft teilen. (Avraham Burg, derStandard.at, 17.06.2011)

**Autor**

Avraham Burg, geboren 1955, war Offizier der Fallschirmjäger, Abgeordneter der Arbeitspartei und Sprecher des israelischen Parlaments. Er arbeitet heute als Schriftsteller.



**FAZ**

### ***Nahost-Konflikt***

#### **Klinkenputzen in Ramallah**

**Im September will die palästinensische Führung versuchen, die Aufnahme Palästinas als UN-Mitgliedstaat zu erreichen. Westliche Besucher wollen sie davon abhalten und die Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zurückbringen.**

Von Hans-Christian Rößler, Ramallah

In Ramallah und Jerusalem ist es schwierig, Termine zu bekommen. Innerhalb weniger Tage waren dort Außenminister Westerwelle, EU-Parlamentspräsident Buzek sowie die amerikanischen Nahostvermittler Ross und Hale zu Besuch.

Für diesen Freitag hat sich die EU-Außenbeauftragte Ashton angesagt. Fast verzweifelt wirken die Versuche, Palästinenser und Israelis an den Verhandlungstisch zurückzubringen, damit es nicht im September bei den Vereinten Nationen zur großen Konfrontation und danach möglicherweise zu einem neuen Ausbruch der Gewalt kommt. Keine Delegation verließ Ramallah, ohne an die palästinensische Führung zu appellieren, darauf zu verzichten, die UN-Vollversammlung aufzufordern, Palästina als Mitgliedstaat aufzunehmen.

Doch für neue Friedensgespräche bleibt nicht viel Zeit: Präsident Abbas signalisiert zwar Verhandlungsbereitschaft, aber Unterhändler Erekat hat schon angekündigt, dass die PLO am 15. Juli bei UN-Generalsekretär Ban Ki-moon den Antrag stellen wird, Palästina als Mitgliedstaat aufzunehmen. Ban müsste das Ersuchen sofort an den Sicherheitsrat weiterleiten, in dem im Juli Deutschland den Vorsitz hat. Mehrere Wochen vor Beginn der UN-Vollversammlung am 13. September könnte sich jedoch für die Palästinenser die ernüchternde Klarheit einstellen, die sich schon jetzt abzeichnet.

#### **Diplomatische Anerkennung nur zwischen Staaten und nicht durch die UN möglich**

Ein UN-Mitglied kann ein Staat nur werden, wenn der Sicherheitsrat dafür ist. Spätestens 25 Tage vor Beginn der Vollversammlung müssen die Mitglieder des Rats ihr Prüfverfahren abschließen und abstimmen. Nach palästinensischer Darstellung lief diese Frist am 20. August ab. Für eine Empfehlung an die Vollversammlung, Palästina als Staat aufzunehmen, ist jedoch die Unterstützung aller fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats nötig; auch eine Enthaltung wäre möglich. Nach dem heutigen Stand wird aber Amerika sein Veto einlegen. Großbritannien und Frankreich haben sich noch nicht festgelegt.

Nur in der Vollversammlung werden die Palästinenser wohl bis im September mehr als die Zweidrittelmehrheit von 128 der 192 Staaten zusammenhaben, die als nächster Schritt für



die Aufnahme als UN-Mitglied vorgeschrieben ist. Bisher haben 116 UN-Mitglieder Palästina als Staat anerkannt. Eine diplomatische Anerkennung ist nur zwischen Staaten und nicht durch die UN möglich. In Ramallah ist man zuversichtlich, dass es bis September mehr als 130 sein werden. Das deckt sich mit Einschätzungen in Israel, wonach in der Vollversammlung nur 30 bis 50 Mitglieder gegen den palästinensischen Antrag stimmen dürften.

Aber selbst die pro-palästinensische Mehrheit in der Vollversammlung könnte letztlich nur diplomatische Trostpreise vergeben. So könnte zum Beispiel die Vollversammlung in einer eigenen „Uniting für peace“-Resolution die Aufnahme Palästinas beschließen. Dieses Verfahren ist für dringende Fälle vorgesehen, in denen sich der Sicherheitsrat wegen eines Streits unter den ständigen Mitgliedern als unfähig erweist, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Aber das wäre eher ein politisches Signal, das rechtlich kaum Folgen hätte, sagen Juristen.

#### **UN-Aufnahmeantrag bereits vorformuliert**

In Ramallah wird auch von der Möglichkeit gesprochen, die palästinensische Beobachtermission in der Vollversammlung aufzuwerten. Das ist schon mehrfach geschehen, seit die PLO seit 1974 dort vertreten ist. Nachdem Jassir Arafat 1988 in Algier den Palästinenserstaat ausgerufen hatte, firmiert die PLO-Delegation unter „Palästina“ und hat mehr Rechte als andere bei den UN vertretenen Organisationen. Jetzt könnte die Vollversammlung zum Beispiel beschließen, dass die Palästinenser bei den UN einen Status erhalten, wie ihn derzeit der Vatikan-Staat hat (und bis zu ihrem Beitritt 2002 die Schweiz innehatte).

Damit ließen sich auch Rechte verbinden, die sonst nur Staaten zukommen, wie der Beitritt zum Statut des Internationalen Strafgerichtshofs. Das ist den Palästinensern ein Anliegen, weil sie in Den Haag gerne mutmaßliche israelische Kriegsverbrechen verfolgt sähen. Als „Beobachterstaat“ ließe sich später mit der Hilfe der UN-Vollversammlung auch leichter ein neuer Antrag auf Vollmitgliedschaft stellen, heißt es in Ramallah. Nicht alles müsse gleich in diesem September klappen.

Die palästinensische Führung diskutierte in den vergangenen Tagen darüber, ob es richtig ist, am Gang zu den UN festzuhalten, wenn das Ergebnis hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückbleibt. Von „politischem Selbstmord“ und einem „apokalyptischen Szenario“ sprechen einige Fatah-Politiker, sollte Abbas Ende September weder bei den UN noch zuhause bei der Versöhnung mit der rivalisierenden Hamas Erfolge vorweisen können. Zu den UN-Skeptikern in Ramallah gehören angeblich Ministerpräsident Fajad und der frühere Außenminister Nasser al Kidwa.

Doch eine Mehrheit der Außenpolitiker hält offenbar unbeirrt am bisherigen Kurs fest. „Wir werden auf alle Fälle damit weitermachen“, bekräftigte der Fatah-Unterhändler Mohammed



Schtaije am Donnerstag. Es heißt, man habe sogar schon damit begonnen, den Aufnahmeantrag für die UN zu formulieren: Die internationale Anerkennung als Staat sei ein Recht der Palästinenser, die letztlich die eigene Position in den Verhandlungen stärke, lautet die Mehrheitsmeinung in Ramallah. Viele sind stolz darauf, dass dieses Mal eine palästinensische Initiative die internationale Gemeinschaft in Zugzwang gebracht hat.

### **Obama-Rede wichtig für künftige Verhandlungen**

Trotz des hektischen diplomatischen Besuchsverkehrs ist noch kein Überbrückungsvorschlag zu erkennen, der die Palästinenser zu einem Umdenken bewegen könnte. Die französische Initiative einer neuen Nahostkonferenz scheiterte am amerikanischen und israelischen Widerstand; auch Westerwelle hielt die Idee für verfrüht. Diplomaten setzen stattdessen ihre Hoffnung auf neue „Parameter“: Sie wollen Eckdaten für künftige Verhandlungen definieren.

Dabei spielt die jüngste Nahost-Rede des amerikanischen Präsidenten Obama eine wichtige Rolle: Er hatte sich dafür ausgesprochen, die „Linien von 1967“ zusammen mit einem Gebietstausch zwischen Israelis und Palästinensern zum Ausgangspunkt für neue Verhandlungen zu machen. Aber diesen Vorschlag wies der israelische Ministerpräsident Netanjahu sofort als inakzeptabel zurück. Zudem hatte Obama empfohlen, zunächst über Grenzen und Sicherheit zu verhandeln; über die palästinensischen Flüchtlinge und Jerusalem solle erst später geredet werden.

Die EU-Außenbeauftragte Ashton schlug nun vor, diesen Grundsätzen größeres Gewicht zu verleihen, indem das internationale „Nahostquartett“, dem EU, UN, Amerika und Russland angehören, sie sich zu eigen macht; das soll nach ihren Vorstellungen möglichst noch bis Anfang Juli geschehen. Überlegungen gab es auch schon, dass der Sicherheitsrat diese Ideen als Resolution verabschiedet.

Auch Obama dürfte es schwer fallen, gegen Kernpunkte seiner Nahost-Rede ein Veto einzulegen, erwarten Befürworter dieses Vorgehens. Der israelischen Regierung ginge es definitiv zu weit - vielen Palästinensern wäre es zu wenig. Laut einer jüngsten Umfrage des Ostjerusalemmer JMCC-Instituts sind fast zwei Drittel der befragten Palästinenser der Ansicht, dass Werben um internationale Anerkennung bei den UN am besten ihren nationalen Interessen entspricht.



## **Waltroper Zeitung**

### **Lieberman droht Palästinensern**

Jerusalem (dpa). Israels Außenminister Avigdor Lieberman hat den Ton gegenüber der Palästinenserführung weiter verschärft.

Israel werde sich nicht mehr an Verträge halten, falls die Palästinenser im September bei den Vereinten Nationen die Anerkennung und Aufnahme als unabhängiger Staat beantragen sollten, sagte Lieberman laut Medienberichten am Freitag in Jerusalem.

«Israel würde sich nicht mehr an Verträge gebunden fühlen, die es in den vergangenen 18 Jahren mit den Palästinensern unterzeichnet hat», sagte Lieberman während eines Gesprächs mit der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton.

Lieberman sieht derzeit auch keine Chance, die seit Ende September 2011 festgefahrenen Friedensgespräche fortzusetzen. Der Außenminister machte dafür nicht näher bezeichnete persönliche Interessen von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas verantwortlich.

Die Palästinenserführung hat die Hoffnung auf eine Verhandlungslösung mit Israel aufgegeben. Die Palästinenser haben laut Abbas mit Israel seit 20 Jahren verhandelt, ohne einem eigenen und unabhängigen Staat nur einen Schritt näher gekommen zu sein.

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hatte in dieser Woche noch einmal seine sechs Forderungen für einen Frieden mit den Palästinensern wiederholt. Demnach soll unter anderem Jerusalem die souveräne und vereinte Hauptstadt Israels bleiben. Die Palästinenser wollen hingegen in dem von Israel besetzten und später annektierten arabischen Ostteil Jerusalems eine eigene Hauptstadt ausrufen.